

Breslauer Zeitung.



Wöchentliches Abonnement in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 59 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Gartenstraße Nr. 26. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 138. Mittag-Ausgabe. Zweiundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trowendt Zeitungs-Verlag. Mittwoch, den 23. März 1881.

Unseren geehrten Abonnenten, welche bisher die zweite Ausgabe des Mittagblattes mit den Schluß-Coursen der Breslauer und den Anfangs-Coursen der Berliner und Wiener Börse durch die nach Schluß der hiesigen Börse abgehenden Züge (nach Oberslesien mit dem 4-Uhr-Zuge) erhalten haben, werden wir dasselbe auch im nächsten Quartal in derselben Weise übermitteln; neue Meldungen für diese Ausgabe bitten wir uns baldigst zugehen lassen zu wollen, um die Versendung hiervon zu ermöglichen.

Unser Coursblatt, welches die Berliner und Wiener Schluß-Course enthält, wird mit den nach 5 Uhr abgehenden Zügen expedirt.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Das Budgetrecht des Reichstages.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ hält es wieder einmal für angemessen, gegen Bindmühlen zu kämpfen, als auf dem Boden der Spätsachen zu bleiben. Sie schrieb gestern einen ganzen Leitartikel gegen die angeblichen Ausführungen der Abgeordneten Rickert und Karsten in der Budget-Kommission, welche angeblich dahin gegangen seien, „daß der Zollanschluß von Altona nicht ohne Bewilligung des Reichstages stattfinden könne.“ Der Versuch, Fortschritt und Seceßion als Vertreter einer radikalen Opposition von den übrigen Parteien zu isoliren, kann nicht gelingen. Wir haben nicht nötig, zu wiederholen, was der Referent der Budget-Kommission, von Benda, und der Führer der national-liberalen Partei, von Bennigsen, über die vorliegende Frage geäußert haben. Der Referent hat, wie bekannt, in der Reichstagsitzung am 16. d. M. die Erklärung, welche Staatssekretär Scholz in der früheren Beratung der Frage in der Commission am 12. dieses Monats abgegeben hat, dahin resumirt, daß „die Reichsregierung der Meinung sei, daß sie in Betreff der Einrichtungskosten, abgesehen von ihrem verfassungsmäßigen Recht, solche Anschlüsse herbeizuführen, in Bezug auf den Finanzpunkt an die Mitwirkung des Reichstages gebunden sei.“ Hätte der Staatssekretär diese Erklärung als den Ansichten der Reichsregierung entsprechend adoptirt, so wäre kein Wort weiter über die Frage verloren worden. Der Antrag, den die Abgeordneten Rickert und Karsten in der Sonnabenditzung der Commission angekündigt haben, geht dahin, zu erklären, „daß die Bundesregierungen verpflichtet seien, die den Zollanschluß Altonas betreffenden Ausgaben vor Durchführung desselben dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegen.“ Zur Motivirung dieses Antrages bedarf es keiner schwierigen staatsrechtlichen Erörterungen; derselbe ist lediglich die Konsequenz des Artikels 69 der Reichsverfassung: alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushaltsstaat gebracht werden. An dem Budgetrecht des Reichstages findet dies Recht der Executiv überall seine Beschränkung. — Behufs Umgehung dieser einem seines Rechts bewußten Reichsregierung gegenüber unannehmbaren Position construirt die „Nordb. Allg. Ztg.“ den Zollverein als ein heute noch neben dem Reich oder außerhalb desselben stehende, „durch die Reichsverfassung gewährleistete Conföderation, an deren Spitze nicht der Reichskanzler, sondern der preussische Finanzminister stehe.“ Die Berufung auf den Zollvereinungsvertrag vom 6. Juli 1867, auf dessen Boden zum ersten Mal unter dem Titel: Zollbundesrath u. Zollparlament, eine Gesamtvertretung der deutschen Nation geschaffen wurde, wäre dem Zollparlament gegenüber, wenn dieses im Jahre 1868 mit dem Vorsitzenden des Bundesrathes des deutschen Zollvereins, von Bismarck, darüber einverstanden gewesen wäre, daß der Cognition des Zollparlamentes der von dem Zollverein zu tragende Aufwand für die Verwaltung der Zölle und gemeinschaftlichen indirecten Steuern zu unterliegen habe, ganz am Orte gewesen. Der Zollverein, auch in der durch den Vertrag vom 6. Juli 1867 geschaffenen Verfassung, hatte keine eigene Finanzverwaltung; das Zollparlament hatte kein Budget festzustellen und auch kein Budgetrecht. Durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 26sten Juli 1867 wurde eine gemeinsame Finanzverwaltung wenigstens für die Mitglieder dieses Bundes geschaffen. Aber auch der norddeutsche Reichstag konnte ein Budgetrecht in Bezug auf Zoll-Erhebungs- und Verwaltungskosten nicht in Anspruch nehmen. Im Art. 38 der Verfassung des Norddeutschen Bundes heißt es ausdrücklich: „Der Ertrag der Zölle besteht aus der gesammten Einnahme nach Abzug der Erhebungs- und Verwaltungskosten, soweit diese Kosten nach den Verabredungen unter den Mitgliedern des deutschen Zoll- und Handelsvereins der Gemeinschaft aufgerechnet werden konnten.“ Bei der Redaction der Verfassung des Deutschen Reichs aber ist die Beziehung auf diese Verabredungen beseitigt und als Erhebungs- und Verwaltungskosten bei den Zöllen sind diejenigen Kosten bezeichnet, „welche an den gegen das Ausland belegenen Grenzen und in den Grenzbezirken für den Schutz und die Erhebung der Zölle erforderlich sind.“ Daß über das Maß dieses Erfordernisses, soweit es sich um neue Ausgaben handelt, der Bundesrath allein zu beschließen habe, davon ist in der Reichsverfassung nichts geschrieben, und die Bestimmungen des Zollvereinungsvertrages vom 8. Juli 1867, welche in diesem Sinne geltend werden könnten, haben dem Artikel 69 u. ff. der Reichsverfassung gegenüber keine Gültigkeit, da nach Artikel 40 der Reichsverfassung die Bestimmungen dieses Vertrages nur in Kraft bleiben, soweit sie nicht durch die Vorschriften der Reichsverfassung abgeändert sind.

In dem Augenblick, wo die Reichsverfassung in Kraft getreten ist, hat der Zollverein als solcher zu existiren aufgehört, und es ist an die Stelle desselben Deutschland als „ein Zoll- und Handelsgebiet umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze“ unter Ausschluß der wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgrenze nicht geeigneten Gebiete getreten. Es bedarf von Seiten des Reichskanzlers nicht einmal, „des besten Willens und des vollständigsten inneren Einverständnisses mit den parlamentarischen Wünschen“, sondern lediglich der loyalen Anerkennung bestehender verfassungsmäßiger Rechte.

Die parlamentarische Lage und die conservativen Parteien. Unser Berliner Correspondent schreibt: Der Reichstag hat nun ein großes Arbeitspensum erhalten, daß er bei einer wirklich gründlichen Beratung für Commissionen

und Plenum noch reichlich für zwei Monate Arbeit hätte. Das Unfallversicherungsgesetz, das Gewerbegesetz, die Wehrsteuer-Vorlage und das neue Stempelgesetz. — Diese vier Vorlagen allein würden doch, da sie sämmtlich gewisse bisherige Grundlagen unseres Erwerbs- und Wirtschaftslebens so ziemlich auf den Kopf stellen, in einer parlamentarischen Versammlung, die sorgfältig und gründlich alle Regierungsvorlagen prüft und durchberät, schon als ausreichendes Sessions-Pensum angesehen werden. Heute aber in dem — wie wohl alle Parteien zugestehen — krankhaft organisirten oder zusammengesetzten deutschen Reichstage sind nicht allzu viele Mitglieder vorhanden, die geneigt sind, die Gründe für und wider jeden einzelnen Paragraphen mit Arbeitelust und Schaffensfreudigkeit zu erörtern; was gelten in diesem Reichstage, in welchem Interessentengruppen, die für das Volkwohl verhängnißvollsten Wirtschaftsgesetze durch schacherhafte Compromisse erledigten, gute und schlechte Gründe. Man fragt darnach herzlich wenig. Ob neue und schwere Belastungen der ärmeren Volksklassen durch indirecte und directe Reichssteuern, entgegen allen bisherigen „altpreussischen Traditionen“, auferlegt werden, auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende guter Deutscher vor dieser fortgesetzten Beglückung nach Amerika flüchten, das hängt schließlich von der Beantwortung zweier Fragen ab: 1) Worauf besteht Bismarck? und 2) was thut Windthorst? Ob einer dieser beiden Mächtigen auch nur über eine der wichtigeren Vorlagen seine letzten Entschlüsse gefaßt haben, ist zu bezweifeln. Die Majorität dieses für die Geschichte unseres Vaterlandes wahrlich wichtigen Reichstages ist für jede noch so überraschende geschehenerlei That unbedingt vorhanden, wenn jene beiden Exzellenzen einig sind. — Am Zerförendsten hat die glücklicherweise bald beendigte Legislatur-Periode nicht etwa auf die national-liberale Partei gewirkt, obgleich diese in drei unter sich recht uneinig und zum Theil auch in sich nicht recht einigen Fractionen den Reichstag verläßt, in den sie als eine einzige Fraction eintrat, sondern auf die beiden conservativen Fractionen, deren meiste Mitglieder auch als Einzelne sich, soweit sie eine politische oder parlamentarische Vergangenheit oder überhaupt politische Grundsätze besaßen, in so vieler Beziehung in das gerade Gegentheil umgekehrt haben, daß mit dem Zeitpunkte, wo diese Aera der Bismarckschen Steuer- und Wirtschafts-Reaction sich endigt, auch weder eine deutsch-conservative noch eine deutsche Reichspartei mehr vorhanden sein wird. Auch in dem jüngeren conservativen Nachwuchs, in den Stöcker, Förster, Henrici, um von den dunkleren Größen in dieser eigenartigen Blüthe deutscher Nation zu schweigen, werden sich kaum Kräfte vorfinden, die den Verjüngungsproceß der dann abgethanen conservativen Parteien vollziehen helfen. Dagegen hilft die fast stierhafte Zähigkeit conservativer Zeitungsgränderei absolut Nichts. Das heute ausgegebene Probeblatt des von den vereinigten Deutsch-Conservativen und rechtsfähigen Agrariern an Stelle der „Deutschen Landeszeitung“ begründeten „Deutschen Tageblattes“ klagt selbst über die „Trostlosigkeit der herrschenden Zustände“ und versucht durch eine anständigere Haltung, als ihre Vorgängerin besaß, mit dem wirklichen Kleinbürgertum Fühlung zu gewinnen. Das Gegenheil einer gemeinverständlichen Schreibweise und die absolute Langweiligkeit zeichnen diese Nummern aus. Dafür versuchen die Herren Gütibier und Genossen das „Berliner Tageblatt“ in Sensationsnachrichten zu überbieten. Denn als krampfhafter Versuch dieser Art ist es doch wohl anzusehen, wenn sie die in dem berüchtigten Ant-Bersmann-Artikel der „Nordb. Allg. Ztg.“ enthaltene Drohung, Deutschland werde durch Hamburg und Bremen in die Zwangslage gebracht, Zollvereins-Nordseehäfen in Altona, Glückstadt, Harburg oder Cöndin herzuheulen, durch die Behauptung ergänzt, daß, falls zunächst ein großer Zollvereinsban an der Nordseeküste hergestellt werden sollte, bereits sehr erhebliche Offerten von Privatacapitalisten zur Mitbetheiligung gemacht seien. Wer will sein Geld in dieses Wasser werfen?

Deutschland.

Berlin, 22. März. [Amiliches.] Se. Majestät der König hat dem Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Lucius, sowie dem Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Staatsminister v. Bötticher, den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Wirklichen Geheimen Rath von Schweinitz, Director im Ministerium des königlichen Hauses, das Kreuz und den Stern der Comture des königlichen Hausordens von Hohenzollern; dem ersten dienstthuenden Cerimonienmeister, Kammerherrn Grafen von Beyerhoffer den Roten Adler-Orden zweiter Klasse, dem Ober-Capellmeister Taubert den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, sowie dem Kammerherrn v. Arnim, Vorstand des Hofballs Se. Hoheit des Erbprinzen von Hohenzollern, den königlichen Kronorden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Geheimen Regierungsrath Harder hieselbst zum Geheimen Ober-Regierungsrath, sowie dem Kreis-Inspektor Paul Gustav Guido Kunis in Demmin zum Regierungs- und Bauath ernannt, ferner dem im Ministerium des Innern angestellten Kanצלer-Rath Storch den Charakter als Geheimen Kanצלer-Rath, dem in demselben Ministerium angestellten Geheimen expedirenden Secretär Schweiger den Charakter als Kanצלer-Rath und dem Buchhalter Reyer bei der königlichen allgemeinen Wittwen- und Pensionsanstalt aus Anlaß seines Uebertrittes in den Ruhestand den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Der Bureau-Assistent beim königlichen Polizei-Präsidium Carl Planckenberg ist zum Inspector an der königlichen Hochschule für Musik ernannt worden.

Der in die Oberpfarrstelle zu Egelu berufene Superintendent der Diocese Mühlhausen, Oberpfarrer Pindernelle in Mühlhausen, ist zum Superintendenten der neuerrichteten Diocese Egelu, Reg.-Bez. Magdeburg, bestellt worden.

Berlin, 22. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute zum Allerhöchsten Geburtstage um 11 Uhr die Glückwünsche der hier anwesenden Mitglieder der königlichen Familie entgegen. Um 11 1/2 Uhr erschien die maison militaire und der engere Hof Se. Majestät zur Gratulation. Um 12 Uhr nahm Se. Majestät militärische Meldungen entgegen und empfing durch den Major im Generalstabe von Daxen das Schlußheft des vom Generalstabe herausgegebenen und bearbeiteten Werkes über den Krieg von 1870/71. Um 3 Uhr war Familiendiner bei Sr. Hoheit dem Kronprinzen. Am Abend empfingen Ihre Majestäten im Lande ansässigen Fürstlichkeiten.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern früh 8 Uhr in das königliche Palais zur Begrüßung der Großherzoglich badischen Herrschaften. Mittags 12 Uhr empfing derselbe Se. Durchlaucht den Fürsten Carl Egon zu Fürstenberg und

hierauf den Professor Dr. Dahn aus Königsberg. Demnach nahm Se. Kaiserliche Hoheit die Meldung des Commandanten von Kassel, General-Lieutenant von Colomb, entgegen und empfing sodann den Besuch der Großherzoglich badischen Herrschaften.

[Ihre Kaiserliche und königliche Hoheit die Kronprinzessin] empfing Nachmittags um 4 1/2 Uhr die Wittve des verstorbenen königlich württembergischen Gesandten, Freiherrn von Spitzberg. — Der Kronprinz empfing Abends 7 1/2 Uhr den serbischen Gesandten Christlich, welcher ihm das Großkreuz des Sakow-Ordens überreichte. Den Thee nahm Se. Kaiserliche Hoheit bei Ihren Majestäten ein.

= Berlin, 22. März. [Die Feier des kaiserlichen Geburtstages.] Die Frage des Kostenbewilligungsrechtes für den Zollanschluß von Altona. — Beratungen über den Handelsvertrag mit Desorrreich. Die Stadt hat heute zur Feier des kaiserlichen Geburtstages ihr Festgewand angelegt; alle Häuser sind bis hinauf in die fernsten Stadtgegenden besetzt, und ein dichtes Menschenreiben wogt in den Straßen um das kaiserliche Palais. Wie alljährlich, ist das Denkmal Friedrichs des Großen mit Blumen und Kränzen reich geschmückt. Vor dem Palais selber stehen dicke Gruppen, die gelegentlich dem Kaiser ihr „Hoch“ ausbringen. Als um 12 1/2 Uhr die Wachen mit klingendem Spiel aufzogen und der Kaiser am Fenster erschien, ertönten stürmische Hochrufe, die nicht enden wollten, als der Kaiser freundlich grüßend sich nach allen Seiten verneigte. Die Physiognomie des Tages war äußerlich überhaupt unverändert geblieben. Im Innern des Palais freilich beschränkte sich auf die Beglückwünschung der königlichen Familie, welche um 11 Uhr, und auf jenen der diensthütenden Damen und Herren vom Hofe, sowie der General- und Flügel-Adjutanten, welcher eine halbe Stunde später stattfand. Abends 9 Uhr sollen die von außerhalb hierher gekommenen Fürstlichkeiten empfangen werden. Das Familien-diner findet bei den Kronprinzlichen Herrschaften statt. Um 11 Uhr Abends erfolgte die Abreise des Kronprinzen nach Petersburg, und zwar in Gemeinschaft mit dem kurz zuvor hier eintreffenden Prinzen von Wales und dessen Gemahlin. Der Kaiser empfing übrigens heute auch die Offiziere der Deputationen der drei Regimenter, deren Chef Kaiser Alexander II. von Rußland war. — Mit nicht geringer Spannung sieht man den Beschlüssen des Reichstages über die Frage entgegen, inwiefern die Zustimmung des letzteren zu der Bewilligung der Kosten für den Zollanschluß von Altona erforderlich ist. Die Budget-Kommission, welche morgen früh um 10 Uhr zusammentritt, wird dem Reichstage eine Resolution unterbreiten, welcher die Parteien zustimmen werden, bis auf die Deutsch-Conservativen, welche heute noch über die von ihnen einzunehmende Stellung in Beratung getreten war. Man glaubt, der Reichskanzler werde sich, falls dies seine Gesundheit irgend gestattet, an den Debatten beteiligen. — Die Beratungen über den österreichischen Handelsvertrag sind nunmehr in den meritorischen Theil des letzteren eingetreten. Die Aussichten bezüglich des Zustandekommens des Vertrages gestalten sich mit jedem Tage günstiger. Für einzelne Theile der Verhandlungen haben die österreichischen Bevollmächtigten bereits die Entsendung weiterer Experten von Wien aus erbitten. Fürst Bismarck interessiert sich lebhaft dafür, daß greifbare Resultate erzielt werden, und so glaubt man denn, daß in der That ein neuer Vertrag zu Stande kommen und den Reichstagen beider Länder noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode zugehen möchte.

[Die Antwort des Kaisers auf die Adresse des brandenburgischen Provinzial-Landtages.] Die Cabinetsordre, durch welche der Kaiser die Adresse des brandenburgischen Provinzial-Landtages beantwortet hat, lautet, wie folgt:

In Meiner tiefen Trauer über den durch einen grauenvollen Frevel verursachten schmerzlichen Verlust Meines Mir eng befreundeten Neffen, des Kaisers Alexander von Rußland, hat Mich das innige Mitgefühl, welches Sie als Vorkämpfer und im Auftrage des Landtages Meiner getrennen Provinz Brandenburg durch die Adresse vom 15. d. Mis. Mir ausgedrückt haben, wohlthuend bewegt. Dem Provinzial-Landtage fühle Ich Mich für diesen Beweis liebevoller Theilnahme zu herzlichem Danke verpflichtet.

Berlin, den 21. März 1881. Wilhelm.

An den Vorsitzenden des Brandenburgischen Provinzial-Landtages, Grafen von Arnim-Boitzenburg. [Aus dem Kultusministerium.] Die „Post“ weiß von wichtigen im Kultusministerium getroffenen Entscheidungen zu melden, deren Folgen zur Beilegung des staatskirchlichen Conflicts möglicher Weise von herabragender Bedeutung sein dürften. Gleichzeitig bekräftigt die Kreuzzeitung ihre neuliche Behauptung, daß es sich in diesem Augenblicke um erneute Verhandlungen mit Rom nicht handle. Vielleicht empfiehlt es sich, in Zukunft dergleichen Enthaltungen mit der Ueberschrift: „Hier lernt man raschen“ zu reproduciren.

[Die informativsten Besprechungen über das Verhältniß Hamburgs zum Zollgebiet] schenken dem Reichskanzler nur ein Wort zu sein, um den Senat von Hamburg zur Stellung des ihm im Art. 34 der Reichsverfassung vorbehaltenen Antrags auf Einschluß in das Zollgebiet zu nöthigen. Ein „Gingehand“ der „Post“ droht Hamburg, falls es nicht endlich Ernst machen sollte, „daß diese Besprechungen die letzten sein würden, in welchen das Reich sich von Hamburg dilatorisch behandeln lasse.“ Das „Gingehand“ fügt der Drohung mit der Beifügung die Lockung mit dem Zudeckel hinzu, indem es zwischen zwei Gedankenstrichen versichert, bezüglich der technischen Details, auf welche die Anschlußfrage schließlich hinauskäme, würden die Mitunterhändler des Hamburgischen Bevollmächtigten — wie es scheint: der preussische Finanzminister Bitter, der braunschweigische Bevollmächtigte, Herr von Liebe, und der bairische Bevollmächtigte, Oberregierungs-Rath Schmidtzog — schwerlich irgend welche unüberwindlichen Schwierigkeiten erheben.

[Liberaler Parteibewegung.] Nach einer Mittheilung der „Magdeburger Zeitung“ hat am 19. d. in Erfurt eine besonders von Landleuten zahlreich besuchte Volksversammlung einen Wahlaufruf der liberalen Partei des Wahlkreises Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück einstimmig angenommen. Der Bericht der „Magdeburger Zeitung“ schließt: „Einige Heiterkeit hatte die Mittheilung erregt, daß mehrere auf dem Wahlprogramm der Freiconservativen unterschriebene Wähler gar nicht wußten, wie ihr Name in das Verzeichniß gekommen sei, da sie jenes Programm gar nicht unterschrieben hätten; während Andere erklärt haben, sie hätten ihre Namen nur unter der Voraussetzung darunter gesetzt, daß die liberale Partei keinen besonderen Candidaten aufstellen würde, nur weil sie nicht für Träger stimmen wollten.“

[Militär-Wochenblatt.] Lüdemann, Major à la suite des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments und commandirt nach Württemberg beauftragt als Adjutant bei dem General-Commando des 13. (königlich württembergischen) Armeecorps, ein Patent seiner Charge verliehen Rittmeister, Vice-

Berliner Börse vom 22. März 1881.

Table with columns for 'Fonds- und Geldcourse' and 'Wechsel-Course', listing various financial instruments and their prices.

Table with columns for 'Eisenbahn-Stamm-Actien' and 'Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien', listing railway stocks and their prices.

Table with columns for 'Hypotheken-Certifikate' and 'Ausländische Fonds', listing mortgage certificates and foreign funds.

Table with columns for 'Bank-Papiere' and 'Industrie-Papiere', listing bank and industrial papers.

Table with columns for 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien', listing railway priority stocks.

Table with columns for 'Bank-Papiere' and 'Industrie-Papiere', listing bank and industrial papers.

Table with columns for 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien', listing railway priority stocks.

Table with columns for 'Bank-Papiere' and 'Industrie-Papiere', listing bank and industrial papers.

Main news section containing various reports, including market news, agricultural reports, and local news items.

Special features section including 'Vermischtes' (Miscellaneous), 'Literarisches' (Literary), and 'Stellung u. Wagenreife' (Position and Carriage).

Local news report from Berlin, 22. März, discussing market conditions and weather.

Report from Leipzig, 22. März, regarding railway matters and local news.

Report from New York, 21. März, discussing international news and market trends.